

gehender Weise Stellung nahmen. Nicht nur die Papiererzeugung, sondern auch die Gruppen des Handels und diejenigen der Verarbeitung sprachen sich einmütig gegen die geplante Erfassung der Valutagewinne aus. Die Gründe, die zu dieser einstimmigen Ablehnung, bzw. Verwerfung des vom Reichstage gefaßten Gedankens führten, lassen sich in zwei Gesichtspunkte gliedern. — Der erste sagt, daß es vom wirtschaftlichen Standpunkte aus unrichtig sei, einen durch die allgemeinen Verhältnisse bedrängten Geschäftszweig dadurch unterstützen und stützen zu wollen, daß man zu dieser Aktion die zufälligen Lieferanten oder gar einen von ihnen heranzieht. Die Ansichten darüber, ob die Not der Presse so groß sei, wie sie jetzt allgemein geschildert würde, waren geteilt. Es wurde sodann darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Tageszeitungen in bezug auf den Abonnementspreis usw. der in anderen Erwerbszweigen berücksichtigten Teuerungswelle bei weitem nicht gefolgt und es Aufgabe der Presse als selbständigen Gewerbebezweiges sei, den Verteuerungs-Koeffizienten nach Möglichkeit so in ihre Kalkulation aufzunehmen, wie es alle übrigen Gewerbebezweige trotz langen Widerstrebens getan hätten. Von Interesse war der Hinweis, daß bei den Unkosten im Pressgewerbe nicht immer der Papierpreis derjenige Faktor sei, welcher in erster Linie für die Verteuerung der Zeitung in Betracht komme. So beträgt beispielsweise bei Zeitungen, die in kleinerer Auflage erscheinen, der Anteil der Gesamtkosten, der auf das Papier entfällt, nur etwa 25 v. H. — Im Anschluß hieran fand sich die Versammlung mit den den Behörden bereits abgegebenen Erklärungen darin einig, daß, wenn der Presse, an deren Erhaltung die Gesamtheit des Volkes interessiert sei, geholfen werden müsse, dies von Reichs wegen, bzw. von allen Erwerbschichten aus zu geschehen hätte, daß dagegen die geplante Erfassung der Valutagewinne als ein Eingriff in das Getriebe des Papiersaches zu betrachten sei, der die allerschwersten Schädigungen unvermeidlich im Gefolge haben müsse. — Die Gründe für die Ablehnung vom andern Gesichtspunkte aus sind die, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Preisbildung im In- und Auslande sogenannte Valutagewinne nicht mehr in Betracht kommen. Die stete Verteuerung des Papierholzes, welches seitens der Einzelstaaten bekanntlich etwa auf Grund der Goldparität zum Verkauf gelangt, hat in Verbindung mit den Erhöhungen für Kohle, Frachten usw. ein Steigen der Papierpreise im Gefolge gehabt, durch welches diese jetzt an die Weltmarktpreise trotz des schlechten Standes der Mark bereits heranreichen, und es ist nicht abzusehen, ob die weitere Entwicklung der Dinge nicht dazu führt, daß die Inlandpreise allgemein über die Weltmarktpreise hinausgehen. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß der mit Stetigkeit betriebene Abbau der Erzeugerpreise im Auslande zu diesem Ergebnis auf der ganzen Linie führt, nachdem bei verschiedenen Papieren der Schnittpunkt Inlandpreis/Auslandpreis bereits erreicht ist.

Der Vorsitzende konnte auf Grund der eingehenden Besprechungen feststellen, daß der Wirtschaftsausschuß in der Überzeugung einmütig wäre, der um 4½ Uhr eingeladenen Regierung eine Erklärung dahingehend abzugeben, daß die geplante Erfassung der Valutagewinne nicht möglich sei.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, der dann an der Sitzung teilnahm, erklärte, daß er an der Besprechung sich gern beteilige, um aus dem maßgebenden sachverständigen Gremium, das der Wirtschaftsausschuß darstelle, zu erfahren, wie sich die Meinung des gesamten Faches zu dem vom Reichstage verfolgten Plan stelle, wobei er zum Ausdruck brachte, daß die Regierung sich die sachlichste Prüfung der Dinge angelegen sein lassen werde. Die nach dieser Erklärung abermals beginnende Diskussion wiederholte in Kürze das, was bereits eingangs von den einzelnen Gruppen gesagt wurde. Die Frage des Vertreters der Regierung, ob die Erfassung der Währungsgewinne nicht auch auf die übrigen Gruppen der Papiererzeugung ausgedehnt werden könne, veranlaßte die Vertreter der einzelnen Gruppen zu der Erklärung, daß dies wegen der allgemeinen Preisgestaltung im In- und Auslande nicht möglich sei. Der Vertreter der Außenhandelsstelle für das Papiersach, welcher ebenfalls zur Teilnahme an der Sitzung gebeten worden war, wies darauf hin, daß die in den letzten Tagen angestellten Berechnungen ergeben hätten, daß auch bei fast allen übrigen Papierarten das Bestreben der Inlandpreise auf die Auslandpreise in beängstigender Weise zugenommen habe, und wo es noch nicht der Fall sei, der Unterschied nur noch wenige Prozente betrage, die die Bezeichnung als Valutagewinne nicht mehr verdienen. Auch er wies darauf hin, daß der Überschneidungspunkt der In- und Auslandpreise in einigen Fällen bereits vorhanden sei. Außerdem wurde allseitig mit Nachdruck betont, daß die praktische Kontrolle und die damit verbundene Organisation zur Berechnung und Einziehung der Valutagewinne zum mindesten eine ungeheure Schwierigkeit darstelle und es äußerst fraglich sei, ob der Wert der Abgabe in ein vernünftiges Verhältnis zu den Erfassungskosten zu bringen sei.

Von verschiedenen Seiten wurde sodann noch darauf hingewiesen, daß eine Verteilung etwa erfaßter Valutagewinne ohne eine Kontingentierung der Zeitungen nicht möglich sei.

Es bestehen gegen eine größere Ausfuhr von Zeitungsdruckpapier beträchtliche Bedenken, weil dadurch deutscher Rohstoff der anderen papierverarbeitenden Industrie entzogen wird, der besser als veredelte Fertigware ausgeführt werden kann.

Nach diesen Darlegungen äußerte sich der Regierungs-Vertreter dahin, daß das Reichswirtschaftsministerium bei den weiteren Maßnahmen die Erklärungen des Wirtschaftsausschusses nach Möglichkeit würdigen würde, betonte aber andererseits, daß man sich, nachdem der Reichstag für den Plan eingetreten sei, keinen zu weitgehenden Hoffnungen und Erwartungen hingeben möchte. Wenn auch vielleicht damit zu rechnen sei, daß die Unterstützungsaktion für die Presse nicht allein auf die Schultern des Papiersachs geladen würde, müsse man doch mit der Möglichkeit der Abgabe rechnen.

Der Wirtschaftsausschuß nahm davon Kenntnis, daß nach den Erklärungen des Regierungsvertreters die wirtschaftliche Seite der von der Regierung auf Veranlassung des Reichstags erwogenen Maßnahmen aufmerksam geprüft werde. Er erblickt darin die Versicherung, daß die Reichsregierung unparteiisch und mit größter Gewissenhaftigkeit die wirtschaftlichen Bedürfnisse des gesamten Papiersachs achten und eine Verletzung derselben aus politischen Gesichtspunkten nicht zulassen wird. Sollten die Ermittlungen des Wirtschaftsministeriums ergeben, daß die für Milderung der Pressenot in Aussicht genommenen Maßnahmen entweder grundsätzlich verfehlt oder hinsichtlich der praktischen Durchführung abwegig erscheinen, so steht der Wirtschaftsausschuß es als vornehmste Berufspflicht der verantwortlichen Persönlichkeiten im Reichswirtschaftsministerium an, diese Tatsache offen bekanntzugeben und an jeder Stelle zu vertreten. Geschieht dies nicht, so ist der Wirtschaftsausschuß zu der Feststellung gezwungen, daß seitens der zuständigen Behörde der grundlegende Anspruch jedes Volksteils auf objektive und gerechte Behandlung auf das schwerste verletzt wird.

Es wurde im weiteren Verlauf der Besprechung noch darauf hingewiesen, daß die ganze Lage auf dem Weltmarkte vielleicht schon in naher Zukunft schwere Zeiten für das deutsche Papiersach im Inlande im Gefolge haben würde, in denen die sogenannten Valutagewinne in verhältnismäßig kurzer Zeit restlos aufgebraucht sein würden, und wobei es sich dann herausstellen könnte und wahrscheinlich würde, daß eine Anzahl derjenigen Papiersfabriken, die für die geplante Hilfsaktion für die Presse heranzuziehen wäre, auch ohne Beisteuerung zu dieser Aktion mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hätte, um ihre Betriebe auch nur in einigermaßen normaler Weise aufrecht zu erhalten.

Mit dieser Erklärung wurde die Debatte über den Punkt 1 geschlossen.

Wirtschaftsausschuß für das Papiersach:

Gesamtausschuß der Fachgruppen der Papierindustrie.

Deutscher Papiergroßhändler-Verband.

Bund Deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlags- und der Papierverarbeitung.

Fuchs, Richard: Bilanzkunde. [Selbstunterrichtsbrieft Methode Rustin.] Potsdam und Leipzig, Bonehoff & Hachfeld. 12 Bief. 305 S. m. zahlr. Bilanzbeispielen. In Mappe. Ladenpreis 110.— M.

Ich kann es mir wohl versagen, näher auf diese Fernunterrichtsmethode einzugehen, die das im laufenden Texte eingehend behandelte dem Kursteilnehmer durch Zusammenfassungen, Übungsaufgaben und Übungsfragen und ihre Ausarbeitung noch näher zu bringen sucht. Nach eingehender Durchsicht des Werkes glaube ich sagen zu können, daß das umfangreiche Gebiet der Bilanzkunde in eingehendster Weise durchgearbeitet ist, und daß das Lehrziel so weit erreicht werden dürfte, als dieses bei derartigen Unterrichtsmethoden und dem meist recht verschiedenen vorgebildeten Leserkreise überhaupt möglich ist.

Meinen Anschauungen würde es allerdings mehr entsprechen, wenn die Werttheorien eingehender behandelt wären vor allem unter Heranziehung der handelsrechtlichen Vorschriften, ihrer Auslegung und rechtlichen Begründung unter gleichzeitiger Gegenüberstellung der viel strengeren kaufmännischen Grundsätze und ihrer wirtschaftlichen Begründung vom Standpunkte der kaufmännischen Erfolgsermittlung; die Ausführungen auf S. 81 u. f. dürften für den Durchschnittsleser eher verwirrend als aufklärend wirken. Dagegen könnten die Ausführungen über die Bilanzkritik kürzer gefaßt sein; ich habe nicht den Eindruck, als ob ein derartiger Fernunterricht jemanden befähigen könnte, in